

## **XVI- Friedenspolitik**

Am Antikriegstag hat die Friedensbewegung auch in Baden-Württemberg an die Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki vor 50 Jahren erinnert. Seither ist die Menschheit in der Lage, sich selbst auszulöschen. Trotzdem ist die Gefahr, dass Atomwaffen tatsächlich eingesetzt werden, heute größer denn je.

Wir teilen die Bedenken der Friedensbewegung gegen den Einsatz der Bundeswehr im Ausland und gegen ihre Umwandlung in ein „Interventionsinstrument“. Wir sehen mit Sorge, dass in Ulm die operative Führungsebene solcher „Battle-groups“ entstehen soll. Die Situation im Irak zeigt, dass Krieg Probleme verschärft und auch die Gefahren durch den „internationalen Terrorismus“ erhöht.

Unser Engagement für politische und soziale Gerechtigkeit sowie für die Erhaltung der Umwelt ist stets auch Engagement für den Frieden. Wir befürchten, dass die geplante Aufstockung der Rüstungshaushalte zu erneutem Sozialabbau führt. Wir stehen für eine Umverteilung der Haushalte zu Lasten der Rüstungsausgaben.

Wir wehren uns dagegen, dass die Bevölkerung zunehmend irreführt wird, das Grundgesetz ausgehebelt und die Rechte der Parlamente ausgehöhlt werden.

Den Einsatz der Bundeswehr „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, wie ihn der baden-württembergische Innenminister Rech und die CDU-Ministerpräsidenten fordern, lehnen wir entschieden ab.